

Akademiker gewinnen auch netto aufgrund ihrer Hochschulausbildung

Akademiker erstatten im Durchschnitt die Kosten ihrer Hochschulausbildung nicht über hochschulbezogene Steuerzahlungen zurück. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW und der Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung. Damit gewinnen Akademiker netto von der öffentlichen Finanzierung der Hochschulbildung. Weil indes Akademiker verschiedener Hochschularten und Fächergruppen in unterschiedlich hohem Maße aus der öffentlichen Finanzierung Nutzen ziehen, unterstützen die Ergebnisse die Forderung nach differenzierten Studienentgelten.

Nettovorteile eines durchschnittlichen Akademikers

	Nettovorteil
Universitäten	
Sprach- und Kulturwissenschaften	47.169,19 Euro
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	34.698,55 Euro
Mathematik, Naturwissenschaften	43.425,90 Euro
Medizin	239.396,22 Euro
Ingenieurwissenschaften	43.920,80 Euro
Fachhochschulen	24.132,71 Euro

Quelle: ZEW, Universität Erlangen-Nürnberg

Zum Wintersemester 2006/2007 haben einige Bundesländer in Deutschland Studiengebühren eingeführt, was unter den Studentinnen und Studenten zu erheblichen Protesten geführt hat. Verteilungspolitische Argumente und die Sorge, finanziell über Gebühr belastet zu werden, haben in der Diskussion eine hervorgehobene Rolle gespielt. Die vorliegende Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-022) legt indes dar, dass Akademiker über ihren Lebensverlauf hinweg im Durchschnitt netto von der öffentlichen Hochschulfinanzierung gewinnen und deshalb zur Finanzierung ihrer Ausbildung herange-

zogen werden sollten. Die Berechnungen werden getrennt für Fachhochschulabsolventen und Universitätsabsolventen durchgeführt. Darüber hinaus wird für die Universitätsabsolventen zwischen verschiedenen Fächergruppen unterschieden.

Um die durchschnittlichen Nettoeffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung zu ermitteln, werden die Leistungen, die Akademiker während ihres Studiums empfangen, mit deren hochschulbezogenen Steuerzahlungen saldiert. Da die Leistungen und Abgaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Lebenszyklus anfallen, werden sie aus

Gründen der Vergleichbarkeit auf einen gemeinsamen Zeitpunkt abdiskontiert. Zu den öffentlich finanzierten Leistungen für Studentinnen und Studenten gehören unter anderem die Ausgaben für die Hochschullehre, Leistungen nach dem BAföG, die Wohnraumförderung, das Kindergeld sowie mögliche Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung. Unter den Universitätsstudenten erhalten Mediziner die höchsten Leistungen, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler die geringsten. Außerdem ist ein Universitätsstudium erheblich teurer als ein Fachhochschulstudium.

Die Ermittlung der hochschulbezogenen Steuerzahlungen erfolgt mit Hilfe von Einkommensdaten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und nach dem Proportionalansatz. Der Proportionalansatz bestimmt den Anteil der oben genannten Förderleistungen an den Gesamtausgaben der deutschen Gebietskörperschaften und unterstellt, dass derselbe Anteil der individuellen Steuerlast hochschulbezo-

IN DIESER AUSGABE

Akademiker gewinnen auch netto aufgrund ihrer Hochschulausbildung	1
ZEW intern	2
Subventionierte Arbeit beschleunigt Integration arbeitsloser Schulabgänger	3
ZEW-Konferenz	4
ZEW Summer Workshop: Die Ökonomie von IKT	5
Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

gen ist. Alle Steuerzahler – also auch Nichtakademiker – tragen nach dem Proportionalansatz mit 2,69 Prozent ihrer Steuerzahlungen zur Finanzierung der Hochschulbildung bei.

Für Akademiker werden in der Studie von ZEW und Universität Erlangen-Nürnberg zunächst nach Fächern und Hochschularten differenziert das durchschnittliche Lebenseinkommen und die daraus resultierende durchschnittliche Lebenssteuerlast berechnet. Der mit Hilfe des Proportionalansatzes ermittelte Faktor bestimmt sodann die

hochschulbezogene Steuerlast. Aufgrund ihrer hohen Lebenseinkommen ist diese für Mediziner am höchsten. Sprach- und Kulturwissenschaftler hingegen leisten die niedrigsten hochschulbezogenen Steuerzahlungen. Differenziert man nach Hochschularten, so werden Fachhochschul- und Universitätsabsolventen in annähernd gleichem Umfang mit hochschulbezogenen Abgaben belastet.

Saldiert man die empfangenen Leistungen mit den Steuerzahlungen, so zeigt sich, dass im Durchschnitt keine

Gruppe der betrachteten Akademiker die Leistungen zurückerstattet; alle Akademikergruppen gewinnen durch positive Nettoeffekte. Es erscheint daher durchaus sinnvoll, Akademiker zur Finanzierung ihrer Hochschulausbildung in Form von Studiengebühren heranzuziehen. Da unterschiedliche Akademikergruppen aber in unterschiedlich hohem Maße einen Nutzen ziehen, sollte nach Fächergruppen und Hochschularten differenzierten Studiengebühren der Vorzug gegeben werden.

Sarah Borgloh, borgloh@zew.de

ZEW INTERN

Neue Konjunkturumfrage des ZEW für Mittel- und Osteuropa und Österreich in Zusammenarbeit mit Erste Bank, Wien

Das ZEW hat gemeinsam mit Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Wien, erstmals einen Finanzmarkttest, eine Umfrage unter Finanzmarktexperten, für Mittel- und Osteuropa und Österreich durchgeführt. Eine analoge monatliche Untersuchung für Deutschland führt das ZEW seit 1991 durch, für die Schweiz seit Juni 2006. Ziel der neuen Umfrage ist es, Indikatoren für das allgemeine Konjunkturklima in Mittel- und Osteuropa (CEE) sowie in Österreich zu entwickeln.

Im Einzelnen werden die Finanzmarktexperten nach der Beurteilung der aktuellen konjunkturellen Lage sowie nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für die entsprechen-

den Volkswirtschaften der Umfrage-region hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktienkurse und der Wechselkurse haben. Die befragten Experten geben bei ihren Antworten nur qualitative Tendenz einschätzungen bezüglich der Veränderungsrichtung ab. Bei den beurteilten Finanzmärkten handelt es sich um die Regionen Mittel- und Osteuropa und den Euroraum sowie die einzelnen Länder Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Slowakei, Kroatien, Rumänien und Österreich.

Ansprechpartnerinnen:

Mariela Borell, borell@zew.de

Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de

Auszeichnung für Henrik Winterhager

Henrik Winterhager hat im Mai 2007 für seine Dissertation „Öffentlich geförderte Vermittlung von Arbeitslosen“ den Preis der Karin-Islinger-Stiftung der Universität Mannheim erhalten. Die Dissertation, die er während seiner Tätigkeit als Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Perso-

nalmanagement und Soziale Sicherung erstellt hat, untersucht die Wirkungen verschiedener vermittlungspolitischer Instrumente. Mit Hilfe empirischer Verfahren findet Winterhager einen positiven Effekt des Vermittlungsgutscheins, der private Vermittler an der Integration von Arbeitslosen beteiligen soll.

Auszeichnung für Wolfgang Sofka

Wolfgang Sofka, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und internationale Unternehmensführung, ist auf der 16. Konferenz der International Association for Management of Technology im Mai 2007 für sein



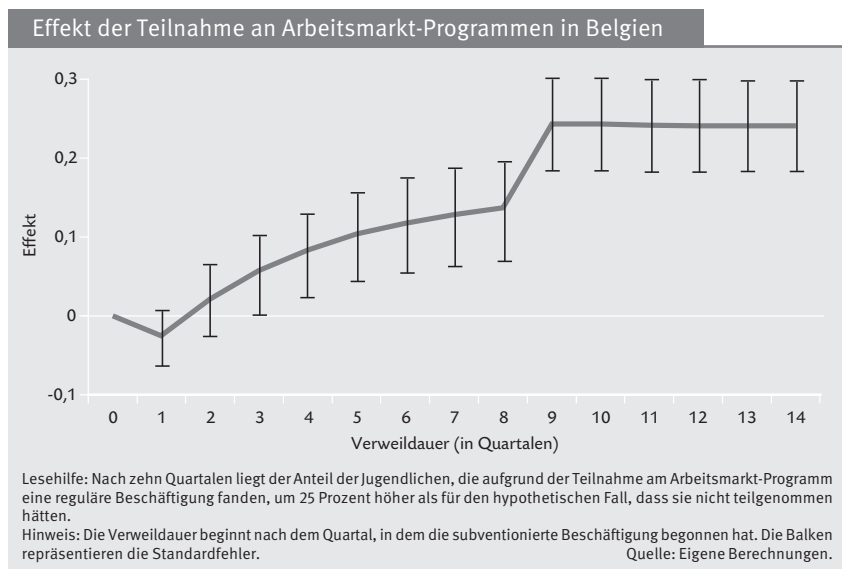
Wolfgang Sofka

Papier „Innovation Activities Abroad and the Effects of Liability of Foreignness: Where it Hurts“ mit dem „Author of the Best Student Paper Award“ ausgezeichnet worden. In der prämierten Studie untersucht Sofka kulturelle Hürden bei Verlagerung von Innovationsaktivitäten ins Ausland. Diese Stolpersteine schlagen sich dabei nicht als Mangel an Ideen nieder, sondern bei der Auswahl und dem Management von Projektressourcen.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Subventionierte Arbeit beschleunigt Integration arbeitsloser Schulabgänger

In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen höher als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die meisten europäischen Staaten geben daher viel Geld für die Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt aus. Programme, die benachteiligten Gruppen eine Beschäftigung zeitlich begrenzt subventionieren, sind hierbei ein wichtiges Instrument. Eine Untersuchung für Belgien zeigt, dass sich für arbeitslose Schulabgänger die Teilnahme an einem Programm für subventionierte Beschäftigung auszahlt und ihnen den Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis erleichtert.



Programme für subventionierte Beschäftigung sollen die Eingliederung der arbeitslosen Programmteilnehmer in den Arbeitsmarkt erleichtern, indem sie vorübergehend die Lohnkosten senken und so den Betrieben Anreize bieten, Arbeitslose einzustellen. Während der Teilnahme am Programm können sich die Jugendlichen sowohl Wissen als auch Fertigkeiten im Betrieb aneignen, die sich anschließend günstig auf ihren Eintritt in ein nicht subventioniertes Arbeitsverhältnis auswirken. Dem steht die Gefahr gegenüber, dass sie sich während der Programmteilnahme weniger intensiv um eine nicht subventionierte Arbeitsstelle bemühen.

Das untersuchte belgische Arbeitsmarkt-Programm entlastet den Arbeitgeber von einem Teil der Sozialabgaben der von ihm beschäftigten Programm-

teilnehmer. Die Subvention ist auf zwei Jahre begrenzt und senkt die Lohnkosten im ersten Jahr um bis zu 34 Prozent und im zweiten Jahr um bis zu 25 Prozent. Subventioniert werden in erster Linie Arbeitsverträge im privaten Sektor. Der Umfang der Beschäftigung muss mindestens 50 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung betragen, wobei die Subvention an den Arbeitsvertrag gebunden ist und nicht übertragen werden kann. Untersucht wurden die Auswirkungen einer Programmteilnahme von Schulabgängern, die im direkten Anschluss an die Schule mindestens ein Jahr lang arbeitslos waren.

Die Studie zeigt, dass die Jugendlichen aufgrund der Teilnahme am beschriebenen Arbeitsmarkt-Programm deutlich schneller ein reguläres, nicht subventioniertes Beschäftigungsver-

hältnis finden, als wenn sie sich um einen direkten Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis bemüht hätten. Bereits drei Quartale nach Beginn der Teilnahme zeigt sich ein signifikant positiver Effekt. Zu diesem Zeitpunkt liegt der Anteil der Jugendlichen, die aufgrund der Teilnahme am Programm in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen wurden, fünf Prozent höher als für den hypothetischen Fall, dass sie nicht am Programm teilgenommen hätten (siehe Grafik). Gegen Ende der subventionierten Periode steigt diese Differenz sprunghaft und stabilisiert sich bei etwa 25 Prozent.

Auswirkung auf die Verweildauer in Arbeitslosigkeit

In einer weiteren Studie wurde für Belgien untersucht, wie sich die Teilnahme an einem Arbeitsmarkt-Programm auf die Verweildauer in einer darauf folgenden Arbeitslosigkeit auswirkt, und zwar im Vergleich zu einer Situation, in der die Jugendlichen zuvor einer regulären Beschäftigung nachgegangen wären. Es wurde kein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Beschäftigungsformen gefunden.

Zusammenfassend lässt sich aufgrund der belgischen Erfahrungen sagen, dass subventionierte Arbeit als sozialpolitisches Instrument einen sinnvollen Beitrag zur Integration arbeitsloser Schulabgänger in den regulären Arbeitsmarkt leisten kann, insbesondere wenn eine vorübergehende Benachteiligung ausgeglichen werden soll. Zur Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit insgesamt scheinen diese Programme weniger geeignet. Hier wären wirtschaftspolitische Maßnahmen sinnvoll, die die Anzahl der insgesamt vorhandenen Arbeitsplätze erhöhen helfen.

Christian Göbel, goebel@zew.de

ZEW-KONFERENZ

Internationale Steuerkonferenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft

Das ZEW veranstaltete am 15. und 16. Mai 2007 in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht (München) in Berlin eine internationale Steuerkonferenz zu den derzeit laufenden Arbeiten an einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) für

te und den Anforderungen des Binnenmarkts auf der anderen Seite hin und sprach sich für einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen aus. Im Anschluss berichtete EU-Kommissar László Kovács über den Stand der Arbeiten zur GKKB. Christoph Spengel (Universität Mannheim und Gastprofessor am ZEW) zeigte die Defizite der derzeitigen steuerlichen Rahmenbe-

stimmungsgrundlage den Unternehmen als Option zur Verfügung stehen soll oder verpflichtend anzuwenden ist.

Die Arbeiten zu den Themenkomplexen Konsolidierung und Aufteilung sowie internationale Aspekte waren Gegenstand des zweiten Panels. Sie stehen noch am Anfang. Zunächst muss festgelegt werden, unter welchen Voraussetzungen Unternehmen die GKKB anwenden können oder müssen. Die mit dem Konzept der GKKB angestrebte Zusammenfassung von Einzelabschlüssen zum Konzernergebnis und dessen Aufteilung zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten anhand einer Formel wurde als weit reichende Änderung der derzeitigen internationalen Besteuerungspraxis eingestuft. Hierbei handele es sich um einen Bereich mit weitreichenden Konsequenzen für das Steueraufkommen der Mitgliedstaaten. Der Themenkomplex internationale Aspekte betrifft die Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten und Staaten außerhalb der EU. Diskutiert wurde vor allem die Frage, ob die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen der Mitgliedstaaten aufrecht-erhalten werden können.



Das zweite Panel der Internationalen Steuerkonferenz in Berlin.

EU-weit tätige Unternehmen. International renommierte Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung diskutierten verschiedene Themenkomplexe einer GKKB. Hierbei wurde deutlich, dass das von der Europäischen Kommission angestoßene Projekt einer GKKB einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union leisten kann. Bevor ein entsprechender Richtlinienvorschlag unterbreitet werden kann, bedarf er jedoch noch einer intensiven Auseinandersetzung mit verschiedenen Sachfragen.

Insgesamt 233 Teilnehmer aus 27 Mitgliedstaaten nahmen an der Veranstaltung teil. Eröffnet wurde die Konferenz durch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. In seiner Rede wies er auf das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität auf der einen Sei-

dingungen für europaweit tätige Unternehmen auf und erläuterte die Vorteile sowie den Ansatz und die zu klärenden Fragestellungen einer GKKB. Diese Fragestellungen wurden in drei Panels aufgegriffen.

Der steuerpflichtige Unternehmensgewinn

Das erste Panel befasste sich mit den gemeinsamen Strukturmerkmalen des steuerpflichtigen Unternehmensgewinns. Die Arbeiten der EU-Kommission auf diesem Gebiet befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium und lassen eine Einigung, etwa für die Bereiche Abschreibungen und Rückstellungen, erwarten. Gleichwohl besteht noch in vielerlei Hinsicht Klärungsbedarf. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob eine gemeinsame Bemessungs-

Abbau administrativer Hürden

Das dritte Panel widmete sich administrativen Fragen im Rahmen der GKKB. Mehrfach betonten die Konferenzteilnehmer, dass es bei der Einführung einer GKKB vor allem um den Abbau administrativer Hürden ginge, denen Unternehmen wegen der unterschiedlichen nationalen Steuersysteme in der EU derzeit ausgesetzt sind. Einheitliche administrative Regelungen und entsprechende Anpassungen der Strukturen bei Verwaltungs- und Gerichtsverfahren wurden daher als notwendig erachtet.

Carsten Wendt, wendt@zew.de

ZEW SUMMER WORKSHOP

Die Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien

Ökonomische Aspekte der Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) standen im Mittelpunkt des diesjährigen ZEW Summer Workshops. Die Veranstaltung, die vom 12. bis 15. Juni 2007 am ZEW in Mannheim stattfand und finanziell von der Fritz Thyssen Stiftung unterstützt wurde, bot 13 Nachwuchswissenschaftlern die Gelegenheit, ihre Forschung vorzustellen, zu diskutieren und von erfahrenen Wissenschaftlern Ratschläge für die weitere Arbeit zu erhalten.

Am ersten Tag des ZEW Summer Workshops 2007 wurden im Rahmen der Präsentationen der Nachwuchswissenschaftler die Wirkungen von IKT auf das Wirtschaftswachstum und auf die Arbeitsorganisation diskutiert. Am zweiten Tag wurden vorwiegend empirische Untersuchungen auf mikroökonomischer Ebene vorgestellt, die sich unter anderem mit Wissensmanagement in Firmen und mit dem Angebotsverhalten auf „name-your-own-price“-Onlinemärkten beschäftigten. Der dritte Tag stand im Zeichen der theoretischen Modellierung von IKT-Industrien.

Überblicksvorlesungen

Neben den Präsentationen des wissenschaftlichen Nachwuchses waren Überblicksvorlesungen zu verschiedenen ökonomischen Aspekten von IKT die zweite Säule der Veranstaltung. Professor Lex Borghans von der Universität Maastricht untersuchte die Wechselwirkungen zwischen Lohnungleichheit und der Verbreitung von IKT am Arbeitsplatz. Hierbei unterzog er die vieldiskutierte These einer technologischen Komplementarität von Computern und qualifizierten Arbeitskräften einer kritischen Überprüfung. Professor Michael Baye von der Indiana Universität in Bloomington, USA beleuchtete

theoretisch und empirisch Angebot und Nachfrage von Konsumgütern auf digitalen Märkten. Insbesondere ging er der Frage nach, weshalb auf Preisvergleichswebseiten unterschiedliche Anbieter identische Güter zu unterschiedlichen Preisen anbieten. Martin Peitz, Professor an der International University in Deutschland und an der Universität Mannheim, bot einen Überblick über Modelle von IKT-Industrien im Rahmen

der Theorie zweiseitiger Märkte. Anschließend stellte er einen Auszug aus seiner aktuellen Forschung über Kommunikations- und Geschäftsplattformen in IKT-Industrien vor. Er untersuchte in einem Modell, wie sich Kompatibilität und Wettbewerb zwischen verschiedenen Plattformen auf einem Markt auf die Anreize der Verkäufer zur Innovation auswirken.

Marianne Saam, saam@zew.de

Vierter Heinz-König-Young-Scholar-Award an Joao Vareda vergeben

Zum Abschluss des ZEW Summer Workshops 2007 wurde der Heinz-König-Young-Scholar-Award für das beste Papier der Veranstaltung vergeben. In diesem Jahr wurde die Auszeichnung Joao Vareda zuerkannt. Vareda schließt derzeit seine Promotion an der Universidade Nova von Lissabon ab. Die mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro und mit einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbundene Auszeichnung erinnert an Professor Heinz König, den Gründungsdirektor des ZEW. Sponsor war in diesem Jahr die BASF AG.

In seinem prämierten Papier „Unbundling and Incumbent Investment in Quality Upgrades and Cost Reduction“ beschäftigt sich Vareda mit der Frage, wie sich die Verpflichtung ehemaliger Monopolisten auf den Telekommunikationsmärkten, ihren Wettbewerbern Zugang zu Teilen ihrer Netzinfrastruktur zu einem vom Regulierer festgelegten Preis zu gewähren, auf ihr Investitionsverhalten auswirkt. Dazu betrachtet er in einem Modell, wie sich die Marktchancen der Wettbewerber in den Telekommunikationsmärkten nach einer Netzöffnung entwickeln werden und wie sich das Investitionsverhalten



Der Preisträger, Joao Vareda, und ZEW-Präsident Wolfgang Franz bei der Preisverleihung.

der zur Netzöffnung gezwungenen Monopolisten ändern wird. Vareda zeigt, dass die Monopolisten auf eine Senkung des Preises für den Netzzugang eher mit einer Verringerung ihrer Investitionen in die Qualitätsverbesserung ihrer Netze reagieren werden, ihre Investitionen in kostensparende Maßnahmen dagegen zu nehmen.

Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, der auch im Namen des Sponsors den Preis überreichte, würdigte in seiner Laudatio die wirtschaftspolitische Relevanz von Varedas Arbeit. Sie sei insbesondere für die Debatte um die Öffnung der deutschen Telekommunikationsmärkte von großem Interesse.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Oliver Heneric

Herausforderung Biotechnologie – Eine empirische Untersuchung von staatlicher Förderung, Humankapital und Venture Capital

Das 20. Jahrhundert war im besonderen Maße von der Entstehung und rasanten Verbreitung neuer Technologien geprägt. Neben der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde die Biotechnologie als zukünftige, die ökonomischen Produktionsbedingungen verändernde Technologie diskutiert. Bahnbrechende wissenschaftliche Fortschritte, wie die Entdeckung der DNA-Struktur in den 1950er Jahren, die Entwicklung der DNA-Rekombinationstechnik in den 1970er Jahren und die Entschlüsselung des gesamten menschlichen Erbguts Ende der 1990er Jahre, bildeten das Fundament für die jetzt immer größer werdende Biotechnologie-Branche. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, essenzielle Einflussfaktoren, wie die staatliche Förderung der Unternehmen, die Rolle des Humankapitals und die Venture-Capital-Finanzierung von Biotechnologie-Unternehmen, empirisch zu untersuchen.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 83, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2007, ISBN 978-3-8329-2816-2

Friedrich Heinemann, Michael Knogler, Dan Stegarescu, Volkhart Vincentz, Sebastian Hauptmeier

Transparenz und Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik in den neuen EU-Staaten

Die vorliegende Studie befasst sich mit der Transparenz und Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik in den neuen EU-Staaten. Es wird untersucht, mit welcher Genauigkeit die neuen Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren die Entwicklung ihrer Budgets prognostiziert haben. Außerdem wird berechnet, inwieweit es Diskrepanzen zwischen der Veränderung der öffentlichen Schuldenstände und den ausgewiesenen Defiziten gegeben hat (Analyse der sogenannten „Stock Flow Adjustments“). Im Rahmen einer Simulationsrechnung wird geschätzt, in welchem Umfang die neuen EU-Staaten durch zufließende Transfers im Rahmen des EU-Budgets profitieren werden. In Fallstudien wird betrachtet, in welcher Weise die bisherigen Reformen in der sozialen Sicherung und insbesondere der Rentenversicherung zur langfristigen Stabilisierung der fiskalischen Situation beigetragen haben.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die vergangenen Jahre in den meisten Ländern Fortschritte in Sachen Budgettransparenz und Nachhaltigkeit gebracht haben. Für viele Länder immer noch kritisch einzuschätzende Felder fiskalischer Intransparenzen sind allerdings Staatsgarantien und Kapitalzuführungen als versteckte Subventionen und Instrumente zur Beteiligung der Privatwirtschaft im Infrastrukturbereich im Rahmen von Public Private Partnerships.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 82, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2007, ISBN 978-3-8329-2519-2

EXPERTENSEMINARE

- 1.8.2007 Training for IFRS – Abschlussbestandteile/Erstmalige Anwendung der IFRS
- 21./22.8.2007 Führen ohne hierarchische Macht – Laterale Führung
- 24.9.2007 Betriebswirtschaftliche Grundlagen – Kompetenz für den beruflichen Alltag

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-026, Niels Anger, Christoph Böhringer, Ulf Moslener: Macroeconomic Impacts of the Clean Development Mechanism: The Role of Investment Barriers and Regulations.

No. 07-027, Christoph Grimpe, Katrin Hussinger: Pre-empting Technology Competition Through Firm Acquisitions.

No. 07-028, Dirk Czarnitzki, Wolfgang Glänzel, Katrin Hussinger: Heterogeneity of Patenting Activity and Its Implications for Scientific Research.

No. 07-029, Friedrich Heinemann: Is the Welfare State Self-destructive? A Study of Government Benefit Morale.

No. 07-030, Ulrich Oberndorfer, Dirk Ulbricht: Lost in Transmission? Stock Market Impacts of the 2006 European Gas Crisis.

No. 07-031, Alisher Aldashev, Johannes Gernandt, Stephan Lothar Thomsen: Earnings Prospects for People with Migration Background in Germany.

No. 07-032, Helmut Fryges, Joachim Wagner: Exports and Productivity Growth – First Evidence from a Continuous Treatment Approach.

No. 07-033, Alexandra Spitz-Oener, Sandra E. Black: Explaining Womens' Success: Technological Change and the Skill Content of Womens' Work.

No. 07-034, Astrid Dannenberg, Thomas Riechmann, Bodo Sturm, Carsten Vogt: Inequity Aversion and Individual Behavior in Public Good Games: An Experimental Investigation.

No. 07-035, Andreas Oestreicher, Christoph Spengel: Tax Harmonisation in Europe – The Determination of Corporate Taxable Income in the EU Member States.

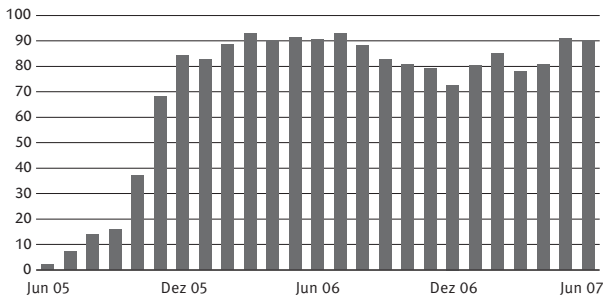
No. 07-036, Benny Geis, Friedrich Heinemann, Alexander Kalb: Local Governments in the Wake of Demographic Change: Efficiency and Economies of Scale in German Municipalities.

No. 07-037, Maresa Sprietsma: The Effect of Relative Age in the First Grade of Primary School on Long-Term Scholastic Results: International Comparative Evidence Using PISA 2003.

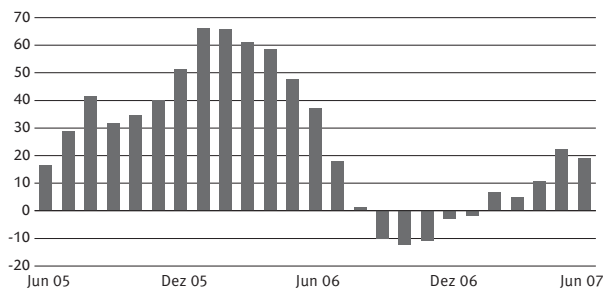
No. 07-038, Victoria Alexeeva-Talebi, Niels Anger: Developing Supra-European Emissions Trading Schemes: An Efficiency and International Trade Analysis.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni 2007



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhungszyklus wird fortgesetzt

Obwohl die EZB die Leitzinsen im Juni um 25 Basispunkte auf 4 Prozent angehoben hat, gehen die Finanzmarktexperten davon aus, dass der Zinserhöhungszyklus anhalten wird. EZB-Präsident Trichet gab zwar keine direkten Hinweise auf die künftige geldpolitische Richtung der EZB, betonte aber die Preisrisiken, die sich aus momentan nicht absehbaren Steuererhöhungen oder einem weiter steigenden Ölpreis ergeben. Das Zinsniveau ordnete er auf der akkomodierenden Seite ein und bewertete die Finanzierungsbedingungen als günstig.

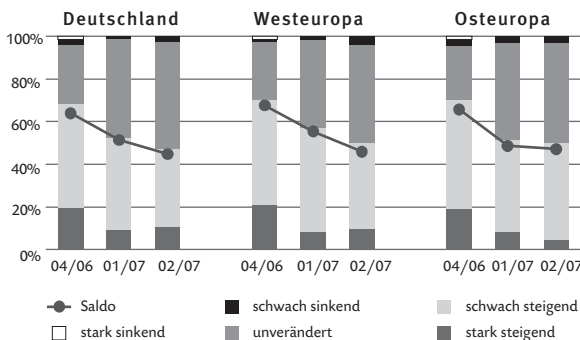
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Experten etwas vorsichtiger

Die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten sind im Juni um 3,3 Punkte gefallen und liegen bei 19 Punkten. Ein Blick auf die Verteilung der Antworten auf die einzelnen Kategorien zeigt, dass der Rückgang darauf zurückzuführen ist, dass ein Teil der Analysten, die bislang von einer Verbesserung der Konjunktur ausgingen, nun keine Veränderung der konjunkturellen Entwicklung mehr erwartet. Vor dem Hintergrund der besonders guten Einschätzung der konjunkturellen Lage von 86 Punkten bleiben die Aussichten also weiter gut.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Preiserwartungen in der KEP-Branche rückgängig

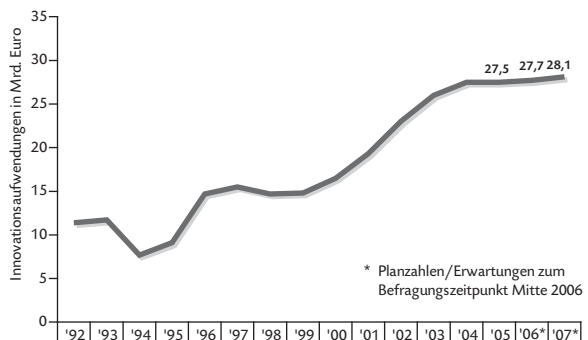


Quelle: ZEW

Im vergangenen Quartal erwartete die Mehrheit der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW steigende Preise. Diese Einschätzungen haben sie im zweiten Quartal 2007 – teilweise deutlich – zurückgenommen. Während sie im grenzüberschreitenden Verkehr noch immer mit steigenden Preisen rechnen, überwiegt im Binnenverkehr die Antwort „keine Veränderung der Transportpreise“. Trotz steigender Kosten in der Kurier-, Express- und Paket-(KEP-)Branche (etwa durch steigende Kraftstoffpreise) ermöglichen Rationalisierungseffekte und Produktivitätssteigerungen tendenziell einen Preiswettbewerb.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Fahrzeugbau in Deutschland: Pause bei Innovationsdynamik



* Planzahlen/Erwartungen zum Befragungszeitpunkt Mitte 2006

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der deutsche Fahrzeugbau stellte im Jahr 2005 27,5 Milliarden Euro für die Entwicklung und Einführung von Produkt- und Prozessinnovationen bereit. Dies ist der höchste Betrag unter allen Wirtschaftssektoren und mehr als ein Viertel der gesamten Innovationsaufwendungen der deutschen Wirtschaft. Nach einem rasanten Wachstum von 1999 bis 2004 (+86 Prozent) legte der Fahrzeugbau 2005 eine Pause ein. Auch für 2006 und 2007 planten die Unternehmen Mitte 2006 keinen weiteren Zuwachs. Die günstige konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2007 könnte jedoch zu einer Revision dieser Pläne nach oben führen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Trügerisch

Die Bundesregierung ist dem trügerischen Charme des Mindestlohns aufgesessen. Seine Verheißungen leuchten jedem Gutmenschen unmittelbar ein: „gerechter Lohn für gute Arbeit“, „man muss von seiner Hände Arbeit leben können“, „gegen Hungerlöhne, für Menschenwürde“. Keine dieser Versprechungen kann ein Mindestlohn halten, im Gegenteil. Nicht nur kostet ein bindender Mindestlohn erfahrungsgemäß Arbeitsplätze, sondern er erfüllt noch nicht einmal die Hoffnungen, die seine Befürworter in ihn setzen. Später einmal, beim nächsten Konjunkturabschwung, schieben dieselben Personen, die jetzt mit einem Mindestlohn die Funktionstüchtigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung beschädigen, eben diesem System die Verantwortung für die dann steigende Arbeitslosigkeit in die Schuhe. Ist dies auch ökonomischer Unfug, so hat es doch Methode (frei nach Shakespeare).

Auf zwei Wege hat sich der Koalitionsausschuss am 19. Juni 2007 verständigt, die die Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohns ermöglichen sollen und vom jeweiligen Organisationsgrad des betreffenden Wirtschaftszweigs abhängen. Falls erstens die Tarifbindung mindestens 50 v.H. beträgt, erhält die Branche das Angebot, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Voraussetzung dafür ist ein gemeinsamer Antrag der zuständigen Tarifvertragsparteien, über den ein mit je drei Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber besetzter Tarifausschuss zu befinden hat. Stimmt dieser der Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrags zu, gilt der dort verankerte Mindestlohn für alle inländischen und ausländischen Beschäftigten. Andernfalls kann ein „Mindestlohn-Verordnungsverfahren“ durchgeführt werden, wenn nämlich der Tarifausschuss kein Votum abgibt oder mit drei zu drei abstimmt oder selbst dann, wenn er „nur“ mit zwei zu vier ablehnt. Dann kann der Mindestlohn vom Bundeskabinett verordnet werden. Damit ist der Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohns praktisch Tür und Tor geöffnet und die Branche hätte ihr Ziel erreicht, sich nämlich der lästigen Arbeitskräftekonkurrenz zu entledigen. Dies betrifft vor allem die aus dem EU-Ausland. Bildlich ge-

sprochen handelt es sich beim Mindestlohn somit um einen Einfuhrzoll auf Arbeit, also schieren Protektionismus. Selbstverständlich preist man die Segnungen des Wettbewerbs, aber nur so lange man nicht selbst betroffen ist.

Das zweite Verfahren läuft über eine Revitalisierung des Gesetzes über Mindestarbeitsbedingungen aus dem Jahr 1952. Es ist bisher noch nie zur Anwendung gekommen. Wenn eine Tarifbindung nicht oder nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber besteht, entscheiden Experten in einem permanent eingerichteten Hauptausschuss und einem fallweise für die betreffende Branche gebildeten Fachausschuss, ob Mindestlöhne als Mindestarbeitsbedingungen festgesetzt werden müssen. Die Fachausschüsse sollen so zusammengesetzt werden, dass „sich divergierende Einzelinteressen nicht blockieren und zu einem guten Ergebnis führen“. Ein Schuft, wer Arges dabei denkt! Die letzte Entscheidung liegt dann wieder beim Bundeskabinett.

Damit kann eine tarifgebundene Minderheit der tariflosen Mehrheit in der jeweiligen Branche einen Mindestlohn aufzwingen. Mehr noch, selbst bestehende Tarifverträge können ausgehebelt werden, wenn etwa die tariflich vereinbarte Mindestentlohnung von den „Experten“ überboten wird. Nicht nur kommt die Tarifautonomie unter die Räder, sondern das grundgesetzlich garantierte Recht der Koalitionsfreiheit gleich mit. Spätestens hier dürfte selbst glühende Verfechter des Mindestlohns ein ungutes Gefühl beschleichen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei geringqualifizierten Arbeitnehmern ist somit vorprogrammiert. Das belegen jahrzehntelange Erfahrungen hierzulande mit überproportionalen Anhebungen unterer Tarifgruppen. Die Folgen können zudem in Frankreich besichtigt werden, wo die Erhöhung des dortigen Mindestlohns zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geringqualifizierter Jugendlicher geführt hat. Aber eine solide Beratungsresistenz schlägt solche Warnungen in den Wind.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007